

Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen

Der Beirat Vahr möge beschließen:

Der Beirat Vahr

1. ist bestürzt über die zentralen Feststellungen des Armuts- und Reichtumsberichts des Bremer Sentas: Das betrifft vor allem die verfestigte Armutssituation in der Stadtgemeinde Bremen und insbesondere in der Vahr, die steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die in Armut leben müssen und die zunehmende soziale Spaltung zwischen den Stadtteilen.

2. fordert den Senat auf es nicht bei einer Analyse der erschreckenden Situation zu belassen, sondern schnellstmöglich konkrete, in Bremen realisierbare, Maßnahmen und eine Zeitleiste zu deren Umsetzung für den Stadtteil Vahr zu entwickeln, die geeignet sind der zunehmenden Armut entgegenzuwirken und für die Betroffenen Wege aus der Armut heraus aufzeigt und diese regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren. Hierbei sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft und berücksichtigt werden:

a. Quantitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung und Krippen durch die Erhöhung der Betreuungskapazitäten für 3-6 Jährige und unter 3 Jährigen und die Erhöhung der Ganztagsplätze auf ein mindestens dem städtischen Durchschnitt entsprechendes Niveau; dabei müssen auch die aktuellen Flüchtlingszugänge berücksichtigt werden.

b. Qualitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung z.B. durch die Flexibilisierung der Betreuungszeiten (damit Menschen, die im Schichtdienst gearbeitet haben, auch wieder in Ihren Beruf einsteigen können)

c. verstärkte Förderangebote für Kinder aus bildungsfernen Haushalten und Kindern mit Migrationshintergrund.

d. Verzahnung von bildungsinstitutionsübergreifenden Sprachfördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche zwischen Kita und Schule, um die rund 50 Prozent aller Kinder, die in der Vahr Sprachförderbedarfe haben, wirkungsvoller zu unterstützen.

e. Ein Modellprojekt im Rahmen eines Passiv-Aktiv-Transfers u.a. für die Vahr aufzulegen, das für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen eine sozialpädagogisch begleitete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft.

- f. Verbesserung der Übergänge zwischen Schule und Beruf sowie die Schaffung einer dezentralen Jugendberufsagentur in der Vahr oder gleichwertiger Fördermaßnahmen;

Begründung:

Am 13. Januar 2015 stellte der Senat den aktuellen Bericht „Lebenslagen in Bremen“ über die Armut- und Reichtumssituation in der Freien Hansestadt Bremen vor. Dieser soll laut Aussagen des Senats auf dialogischem Wege mit verschiedenen Akteuren beraten und diskutiert werden. Auch die Beiräte sollen in die entsprechenden Debatten mit einbezogen werden. Dazu leistet dieser Antrag einen Beitrag in Bezug auf den Stadtteil Vahr.

Laut der aktuellen Berichterstattung sind in Bremen 23,1 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. In den letzten Jahren ist die Zahl der Bremerinnen und Bremer, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben stark angestiegen. Bremen befindet sich im Bundesländervergleich auf Platz 1.

Besonders betroffen von Armut sind in Bremen Kinder, Alleinerziehende und große Familien in der Vahr. Fast 34 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben in Bremen in Armut. Knapp 6000 dieser Kinder und Jugendlichen leben bei alleinerziehenden Elternteilen, die sich in einer prekären Einkommenssituation befinden. Alleinerziehend zu sein bedeutet in Bremen Vahr mit der höchsten Wahrscheinlichkeit im Bundesvergleich in Armut abzurutschen. Vergleichbar ist die Situation auch für Familien mit drei und mehr Kindern.

Laut der aktuellen Berichterstattung hat sich in den letzten Jahren auch die soziale Schere zwischen den Quartieren in der Stadtgemeinde Bremen weiter geöffnet. Es lässt sich ein deutliches Nordost-Südwestgefälle erkennen. Während z.B. in der Neuen Vahr Nord das Durchschnittseinkommen mit 16.256 Euro kaum über dem Hartz IV Niveau bewegt, liegen andere Stadtteile mehr als 360 Prozent über dem Durchschnitt der Haushaltseinkommen (Horn: 108.145 Euro).

Armut im Sinne sozialer Isolation führt oft zum Verlust persönlicher Entwicklungschancen, zu einer Einschränkung der gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft und zu einem Absinken des persönlichen Selbstwertgefühls. Für Kinder und Jugendliche in sozialer und auch finanzieller Armut bedeutet dies auch einen ungleichen Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten, zum System Schule und anderen außerschulischen Bildungsmaßnahmen.

Für die CDU-Beiratsfraktion Vahr
Martin Michalik und die Fraktion der CDU